



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhof (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhof 3686-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt: Dr. Gerhard Thimm, Berlin, Anzeigen-Preis: monatlich 22 Pfennig, Feuilleton-Anzeigen: monatlich 20 Pfennig, Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärt. 15 Pf.] • Nr 246

MITTWOCH, 24. MAI 1933

ABEND-AUSGABE

Beschwerde aus Oberschlesien

Eine grundsätzliche Genfer Entscheidung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 24. MAI

In der heutigen letzten Sitzung kam eine oberflächliche Minderheitenfrage zur grundsätzlichen Entscheidung. Anlässlich mehrerer Petitionen des deutschen Bundes hatte die polnische Regierung die Frage aufgeworfen, ob auf Grund der deutsch-polnischen Konvention für Oberschlesien und besonders ihres dritten Teiles Petitionen beim Völkerbund eingereicht werden dürfen, wenn ihre Urheber den normalen Rechtsweg noch nicht erschöpft haben. Selbstverständlich handelt es sich dabei nur um solche Fragen, die der ausschließlichen Hoheitsgewalt Deutschlands oder Polens unterliegen.

Ein Juristenkomitee, das aus dem bekannten Schweizer Völkerrechtler Max Huber sowie dem deutschen Völkerrechtler Professor Bourquin und dem spanischen Juristen Professor Hedrojo bestand hat den Standpunkt der deutschen Regierung, die den Völkerbund in dieser Frage natürlich unterliegt, vollkommen Recht gegeben. Das Komitee, über dessen Verhandlungen der leitende Delegierte berichtet, kommt zu dem Schluss, daß der Völkerbund berechtigt ist, jede Petition auf Grund der oberflächlichen Konvention zu verhandeln, ganz unabhängig da-

von, ob der Rechtsweg in der betreffenden Frage überhaupt eingeschlagen wurde oder schon erschöpft ist. Selbstverständlich stellt das Komitee fest, daß der Rat jederzeit in bestimmten Fällen die Urheber einer Petition darauf verweisen könne, daß ihm angebracht erheine, die Frage lieber auf dem Rechtsweg zu verfolgen.

Der polnische Staatsbelegierte Rozmatti enthielt sich der Zustimmung, während der deutsche Delegierte von Keller seiner großen Verteidigung darüber Ausdruck gab, daß die drei hervorgerufenen Juristen die These der deutschen Regierung vollkommen anerkannt haben.

Ein großer Teil der Sitzung wurde auf den Bericht des englischen Außenministers Sir John Simon verwendet, der als Präsident des Komitees für die Organisation der Weltwirtschaftskonferenz den Bericht über die Tagung dieses Komitees erstattete. Zu den Mitteilungen Simons über die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz am 12. Juni und zu der amerikanischen Anregung eines Zollvereinbarhandels erklärte u. a. der deutsche Delegierte von Keller, daß die Berliner Regierung sich trotz der besonderen Lage Deutschlands gleichwohl dem amerikanischen Vorschlag angeschlossen habe, weil sie darin einen ersten Schritt zur Überwindung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Welt erblicke.

Wie wir es sehen

Zwarpolitik

Um das deutsche Gaargebiet sind in Frankreich manche Hoffnungen neu aufgeblüht, seit die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland zur Herrschaft gelangt ist. In den letzten Jahren war man über die Richtigkeit des Gaargebietes am Reich, über eine übermäßige Rundgebung deutscher Gewinnung bei der Abtötung nicht mehr zweifelhaft. Der Umsturz in Deutschland, den man in weiten Kreisen Frankreichs nur als eine Wiederkehr des Kaiserlichen Imperialismus wertete und als Auftakt zu einer unabsehbaren Kette politischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten, hat neue Erwartungen geweckt, daß sich die Stimmung des Gaargebietes doch noch im Sinne der französischen Wladpläne wandeln könne. Was die Regierungskommission tun konnte, um das Gaargebiet an der äußeren und vor allem an der inneren „Gleichhaltung“ zu hindern, wurde versucht unter dem Titel „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit“. Die letzte Sitzung des Vandersrats des Gaargebietes hat gezeigt, daß die Gaarländer keineswegs — wie manche Franzosen wohl glauben — durch die Entwidlung in Deutschland „abgesiebert“ worden sind. Zusammen mit den französischen Nationalsozialisten haben die übrigen bürgerlichen Parteien, Volkspartei und Zentrum, gemeinsam erklärt: „Die Parteienbeschäftigung in Deutschland haben sich grundlegend verändert. In unserer Einstellung zu unserem Vaterland ändert das nicht das geringste. Unser großes Ziel, dem wir mit aller Kraft zustreben, war stets die restlose Jurisdiktion zu unserer Heimat, zu unserem Vaterland.“ Das ist dieselbe Weisheit, wie er in den Abtötungen der Jahre 1920 und 1921 in den stilligen und nördlichen Grenzgebieten sich so glänzend bewährte. Der Treue der Grenzgebieten muß eine auf die Gestaltung des Grenzlanddeutschlands bedachte Politik entsprechen.

Autoritäres Kabinett in Holland

Nach wochenlangen Verhandlungen hat der frühere holländische Ministerpräsident Colijn sein Kabinett zustande gebracht. Als am 26. April die Ergebnisse der holländischen Parlamentswahlen bekannt wurden und es sich zeigte, daß die einzigen Gewinner der ersten Wahlkampfes die Anti-Revolutionären waren, hand bereits fest, daß der Führer Colijn die Regierung bilden würde. Der neue Ministerpräsident ist zweifellos die stärkste Persönlichkeit, über die das politische Leben Hollands verfügt. Als Präsident der hiesigen Weltwirtschaftskonferenz und in zahlreichen Kommissionen-Verhandlungen des Völkerbundes hat er sich als ein ebenso fehrkundiger Sachkenner wie geschäftsmann und energiegeladener Verhandlungsleiter erwiesen. Der Vorkörper auf seine heute festgewordene Art ein Spezialintellekt, der sich nie von seiner großen Idee abbringen läßt und das Rotenbische mit Takt und Zurückhaltung weiß. Die holländische Öffentlichkeit erwartet von ihm eine starke Staatsführung und die Wiederherstellung des Vertrauens, das von allem durch die revolutionären Vorgänge bei der Flotte ins Wasser gekommen ist. Colijn hat sich auch selbst das Poloniaministerium vorbehalten, da gerade hier die heftigsten Aufregungen der Regierung liegen. Sein Ministerium ist ein „Kriens-Kabinett“ und es ist zu erwarten, daß er sich vom Parlament zur Durchführung seiner Aufgaben besondere Vollmachten erbitten wird. Die alte Regierung ist nicht zuletzt daran gescheitert, daß sie die notwendigen Sparmaßnahmen beim Parlament nicht durchzuführen vermochte. Colijn, dessen Autorität durch das besondere Vertrauen der Nation gestärkt ist, und der als strenger aber gerechter Gouverneur die Achtung aller genießt, ist die Durchführung des Enternungswerts zugut zu tun.

Zwangsterilisierung?

Der sächsische Minister des Innern hat sich in einem Antrag an die Reichsregierung den Antrag des preussischen Ministerpräsidenten vom 5. Mai angegeschlossen und vorgeschlagen, den Entwurf eines Sterilisierungsgesetzes zum Gegenstand von Verhandlungen in den Ländern zu machen. Der Minister geht aber über die preussischen Vorschläge hinaus, indem er auch in besonderen Fällen eine Sterilisierung gegen den Willen der Beteiligten befristet. Der sächsische Antrag entspricht schon mehrfach befandenen Aufstellungen. Auf sehr kurzen führte Professor Freißlberger im „Deutschen Arztblatt“ ein Beispiel an, aus dem sich für ihn die Notwendigkeit einer Zwangssterilisierung in bestimmten Fällen ergibt. So wie man nicht mehr von Tods, Strafe“, sondern von dem Gedanken, über die preussischen Vorschläge gegen den Willen der Beteiligten befristet, ist die Durchführung des Enternungswerts reden solle, müsse man mit dem Blick

Verfälschung über den Reichsbischof

Die Kirchenführer beim Reichskanzler

Die Bevollmächtigten des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes D. Kapler, D. Marchaxens und D. Seiw, sowie der Beraternschaften des Reichsfanzlers und Führer der Deutschen Christen, Wehrkreispastor Müller, werden heute nachmittag vom Reichsfanzler empfangen.

Wohi im Zusammenhang mit diesem Empfang wird von zuständigen kirchlicher Seite mitgeteilt, daß die Kirchen sich über die Verdon des zu erwartenden Reichsbischofs einig geworden seien. In dieser Mitteilung kommt noch einmal mit aller Bestimmtheit der Wille der Kirchen zum Ausdruck, die Wiederherstellung völler Freiheit und nach eigenem Gesetz durchzuführen.

Waffenruhe um Peking

Chinesische Mahnung zur Besonnenheit

PEKING, 23. MAI, (REUTER)

Der Waffenstillstand zwischen China und Japan ist in mündlichen Verhandlungen vereinbart worden; eine schriftliche Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens ist noch nicht erfolgt. Der Waffenstillstand hat die Spannung um Peking erheblich verringert. Die chinesische Polizei hat den Kaufleuten mitgeteilt, daß sie ihre Geschäfte offenhalten und ihre Tätigkeit wie gewöhnlich fortsetzen können, und daß die japanischen Botschaften kein Grund zur Besonnenheit liegen. Trotzdem flüchten weiter chinesische Bürger aus der Stadt, während Bauern aus der Umgebung ihre Zuflucht in Peking finden.

Die japanischen Behörden, die heute morgen Besprechungen getroffen hatten, um die japanischen Einwohner in dem Wirtschaftszentrum unterzuhalten, haben von ihrer Wohnorte abgehoben und hatt dessen japanische Patrouillen zum Schutz der japanischen Einwohner entsandt.

New York stimmt naß

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 24. MAI

Die New-Yorker konnten gestern die seit 15 Jahren ererbte Gelegenheit wahrnehmen, ihre Abneigung gegen die Prohibition mit dem Stimmgabel zum Ausdruck zu bringen. Unter dem Wahrscheiden sähnegeschmückter Hooverist erklärte sich die überwältigende Mehrheit des Staates New York für die Ratifizierung des Wiederrucks der Prohibition. Die schwerste

Niederlage erlitt die trockene New-Yorker City, wo die Massen eine etwa hundertfache Majorität erzielten. Abends fanden bewegte Siegesfeiern statt. Am höchsten schlugen die Fremdenbogen in dem von Deutschen bewohnten Stadtteil Yorkville, wo bis tief hinein in die Stadt deutsche Trunkenhülde aus der Stubentaste gegungen wurden.

Morgan spart die Steuer

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 24. MAI

Die größte Senats-Sitzung des ersten Tages der Vernehmung Morgans im Senat-Ausschuß war unzweifelhaft die Tages- und der Wallstreet-Führer und zwanzig seiner Partner zwei Jahre hindurch keine Steuern bezahlt haben. Das amerikanische Steuergesetz erlaubt Abstrichungen aus Kapitalerlust, so daß keine direkte Steuerbefreiung vorliegt, trotzdem alle Partner jährlich ein festes Gehalt von einer Million Dollar beziehen.

Welchen Eindruck die Aussage Morgans im Inland macht, vor allem bei den Farmern, Hausbesitzern und kleinen Geschäftleuten, die wegen geringer Steuerstände gepöndelt und um ihre Existenz gebracht werden, kann man sich denken. Schon der erste Tag der Vernehmung diffamiert Morgans vor den Augen der überwältigenden Volksmehrheit, prangert Wallstreet an und stellt Roosevelt's Position, der als Staatsführer den Kampf mit den Finanziers aufnimmt. Es ist schon heute vorherzusagen, daß der Kongreß baldigt eine Steuerreform verabschiedet, die sowohl die Steuerfreiheit für Staatspapiere sowie auch für Verlustverträge aufhebt. Schon die letzte Steuerdebatte zeigte die Tendenz, die Privilegien des Großkapitals zu beenden.

Gedankfeuer für Schlageter

Anlässlich der Schlageter-Gedächtnisfeier an der Ostseehelme Seide sind gestern abend am Schlageter-Chöreman in Düsseldorf die Gedankfeuer angezündet worden, die bis zum dritten Tage noch der Feuer brennen sollen.

Die Regierungskommission des Gaargebietes hat beschlossen, weder Schlageterfeiern zuzulassen, noch das Aufziehen von Flaggen aus Anlaß dieses Tages zu gestatten.

Landbund-Führer bei Hindenburg

Der Reichspräsident empfing den geschäftsführenden Präsidenten des Reichslandbundes Reinberg sowie den Direktor im Reichslandbund Kriegsheim.